

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

C. Sachanträge an den 12. Landesparteitag

C.2. NEU Was jetzt zu tun ist!

Beschluss des 12. Landesparteitages am 12. – 13. September 2015 in Neukieritzsch

...es ist, als habe einer die Fenster aufgestoßen nach all den Jahren der Stagnation, der geistigen, wirtschaftlichen, politischen, den Jahren von Dumpfheit und Mief, von Phrasengedresch und bürokratischer Willkür, von amtlicher Blindheit und Taubheit“ Stefan Heym am 4. November 1989 in Berlin

Was jetzt zu tun ist!

Knapp ein Jahr ist es erst her, dass in Sachsen Landtagswahlen stattgefunden haben. In dieser Zeit ist so viel passiert wie selten zuvor im Freistaat Sachsen. Von politischer Langeweile kann keine Rede sein. Wir leben in einer aufregenden, ja aufgeregten Zeit, die voller politischer Konflikte ist. Das Land und wir als Partei selbst stehen vor großen Herausforderungen.

Wir haben es in Sachsen mit einer handfesten Repräsentationskrise zu tun. Anders als der Ministerpräsident glauben machen will, verfügt die Landesregierung nur über eine mangelnde Legitimation in der Bevölkerung. Die Indizien dafür sind die geringe Beteiligung bei den Landtagswahlen Ende August 2014 und der Einzug der AfD ins Landesparlament. Die Montagsdemonstrationen von Pegida, deren Teilnehmerzahl kurz nach Übernahme der Amtsgeschäfte durch die neue Landesregierung in die Tausende ging, waren nur der *sichtbare* Ausdruck für den fehlenden Rückhalt der Landesregierung in der Bevölkerung. Ein großer Teil der sächsischen Bevölkerung fühlt sich von der herrschenden Politik nicht mehr vertreten. Gleichwohl müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass auch wir als Opposition von Teilen der Bevölkerung nicht mehr als Alternative wahrgenommen werden. Es bestand – wie nach der Landtagswahl artikuliert – und es besteht weiterhin die Notwendigkeit, Oppositionspolitik neu zu erfinden. Nach ersten Schritten in diese Richtung haben wir nunmehr knapp vier Jahre bis zum nächsten Wahltag, um diese Feststellung in konkretes Handeln zu übersetzen.

Unsere Partei ist bunt zusammengesetzt. Das ist gut so. Und in den letzten 25 Jahren haben wir gelernt, innerparteiliche Auseinandersetzung zu führen. Derzeit sind wir allerdings wieder in einer ähnlichen Situation wie 2009, als zwei widerstreitende Pole in der Partei um die alleinige Deutungshoheit kämpften. Heute sind es nicht nur zwei Pole, sondern mehrere Interessensgruppen, aber auch stärkere und schwächere Kreisverbände mit ihren jeweiligen Interessen. Deutungshoheit ist dabei für einige wenige verbunden mit Posten und Ressourcen sowie der Tendenz, zentrale Aufgaben nur auf einzelne anstatt auf viele Schultern zu verteilen. Das hilft uns jedoch nicht in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung und ist von der Mehrheit der Mitglieder der LINKEN. Sachsen auch nicht gewollt. Im Gegenteil: Ein solches Agieren reißt unser Aller harte Arbeit in den Wahlkämpfen in der Zwischenwahlzeit wieder ein. So verabsäumen wir es schließlich, miteinander Politik zu entwickeln, unsere Politik in die Öffentlichkeit zu tragen und die dringend notwendige Parteientwicklung voranzubringen. Nur wenn wir diese drei Felder in den Zwischenwahlzeiten in den Mittelpunkt unserer gemeinsamen Arbeit stellen, können wir als LINKE in Sachsen unseren Beitrag zur Veränderung der Verhältnisse, der gesellschaftlichen Mehrheiten und zur Veränderung von herrschender Politik an sich leisten.

Zunächst aber zur Wurzel aller aktuellen Probleme: Wir leben in einer unsolidarischen Gesellschaft. Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit aller durch gleiche Teilhabe an den ein Leben gestaltenden Rahmenbedingungen, gelebten Solidarität, verlässliche gute Lebensbedingungen für alle, Erhalt der Natur sowie der sozialökologische Umbau sind der Dominanz des Profits untergeordnet und kommen damit nicht mehr zum Tragen.

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

Allein: Von einer Überwindung dieser Verhältnisse ist das Land weit entfernt. Selbst von der grundgesetzlich festgeschriebenen Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist der Freistaat noch weit entfernt.

Auch wenn die Feststellung nach einem Vierteljahrhundert ernüchternd ausfällt - Stichwort: Sachsen hat nur die Hälfte der Steuerkraft der Westländer und ist von einer selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung weit entfernt - steht jetzt eine neue Frage ganz oben auf der Tagesordnung:

Wie erreichen wir die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse für alle Menschen in ganz Sachsen?

Sachsen ist das Land der Parallelgesellschaften:

hier Wohnungsnot, da Wohnungsleerstand;

hier Zuzug und Bevölkerungswachstum, dort Abwanderung und Schrumpfung der Bevölkerung;

hier geben sich Investoren die Klinke in die Hand, dort stehen Gewerbegebiete leer;

hier Langzeitarbeitslosigkeit, da beginnender Fachkräftemangel.

Die CDU, aber auch FDP und SPD als kleine Koalitionspartner tragen für eine Landesentwicklung in 25 Jahren die Hauptverantwortung, mit der zugespitzt formuliert dem Zusammenhalt der Menschen unter heutigen Bedingungen die Basis entzogen wurde.

In Sachsen haben in den letzten Monaten tausende demonstriert. Die einen schüren Ängste, die anderen haben Angst.

Die eigene Existenzangst, z.B.

Angst vor einem (weiteren) sozialen Abstieg.

Angst, den erarbeiteten eigenen Wohlstand zu verlieren.

Angst, in der Ruhephase des Lebens den eigenen Standard nicht mehr halten zu können.

Angst um die Zukunft der Kinder und Enkel, aber auch die Angst vor Unbekanntem und vor Kriegen in Europa wurden für den rassistischen und in vielerlei Hinsicht auch menschenfeindlichen Teil der sächsischen Bevölkerung zur Rechtfertigung, sich offen rassistisch gegen Menschen mit Migrationshintergrund lautstark zu artikulieren, gegen die Aufnahme von Asylsuchenden auf die Straße zu gehen. Über die NPD hinaus bietet die AfD parteipolitischen Bezugspunkt und mit den *gida-Bewegungen gemeinsam Demonstrationen als Artikulationspunkt für menschenfeindliche Hetze. In diesen Zusammenhängen wird auch versucht, soziale Missstände und Ängste zu instrumentalisieren, Menschen in Not quasi gegeneinander in Stellung zu bringen und rassistische, menschenfeindliche Vorurteile zu vertiefen.

Wir sagen sehr deutlich, dass Existenzängste in der Lebensrealität der Einzelnen eine dominante Rolle spielen und verständlich sind. Deshalb kämpfen wir dafür soziale Verwerfungen zu beheben. Allerdings werden wir es niemals akzeptieren, wenn Geflüchtete zu Sündenböcken gemacht werden und sich Rassismus Bahn bricht. Es gibt kein Recht auf Menschenfeindlichkeit!

Zugleich aber gibt es den Widerstand gegen diese Menschenfeinde, die ihren Rassismus unter dem Deckmantel sozialer Abstiegsängste verbreiten. Diesen Widerstand konsequent zu stärken und zu unterstützen, da, wo möglich, Aufklärungsarbeit zu leisten und zivilgesellschaftliche Strukturen aufzubauen, die helfen, diese Menschenfeinde weiter in der Minderheitenposition zu halten, ist die Aufgabe aller Kräfte, die einem humanistischen Gesellschaftsbild verpflichtet sind. Eine Politik der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit ist dafür unverzichtbarer Bestandteil.“

Es fehlt die Nachdenklichkeit und die ernstgemeinten selbstkritischen Fragen nach der jahrzehntelangen Verantwortung einer Regierung, die diese Ängste erst hervorgebracht und dann ignoriert hat. Wir wissen das!

Was muss DIE LINKE in Sachsen also tun?

DIE LINKE darf unter keinen Umständen ein politisches Lebensgefühl befördern, das zur Resignation und zum Ausharren in Passivität beiträgt, in dem sie unter dem Druck von Haushaltslagen und Prozessen der

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

Vermarktlichung auf angebliche Sachzwänge oder die vermeintliche Alternativlosigkeit von Entscheidungen verweist.

Schreckens- und Katastrophenszenarien, Pessimismus und Skepsis taugen nicht dazu, Menschen für Veränderungen in der Gesellschaft zu motivieren.

Die Wirtschaft ist das Zentrum der Gegenwartsgesellschaft. Eine starke Wirtschaft bietet den Bürgerinnen und Bürgern eine Entschädigungsfunktion und Identifikationspotenzial. Gerät die Wirtschaft oder die subjektiv wahrgenommene Wohlstandssituation hingegen in einer Krise, verstärkt sich die Abgrenzung nach außen und gegen andere: Migrantinnen und Migranten werden als Bedrohung wahrgenommen, auch anderen Minderheiten wird die Solidarität aufgekündigt. Das eigene – als von außen oktroyiert wahrgenommene, scheinbar unabänderliche – Schicksal lässt vermeintliches Heil in autoritären Lösungen suchen, wie die Studie „Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus“ der Universität Leipzig aufzeigt.

Um die Lust am politischen Handeln zu wecken, die es für einen Umbau der Gesellschaft braucht, bedarf es einer emanzipatorischen Perspektive, die Menschen davon überzeugt, dass sich ihr Einsatz und ihr Engagement dafür lohnen. Eine solche emanzipatorische Perspektive beruht auf einer anderen Vorstellung von Lebensqualität und Lebenszufriedenheit und einer anderen Vorstellung von gesellschaftlichem und individuellem Reichtum als die Ziele der bisher dominanten neoliberalen Politik.

Die Landesregierung hat nur eine aufs ökonomische abgemagerte Gesellschaftsperspektive anzubieten: Sie will Musterschülerin unter den Bundesländern sein, um den Leistungsvorsprung vor anderen zu verteidigen und den Wohlstandsvorteil zu wahren. In Wirtschaft und Technologie kann es nicht kreativ genug zugehen; einzig hier ist der Blick in die Zukunft gerichtet.

Im sozialen und kulturellen Leben dagegen gilt es nach Meinung der die Staatsregierung dominierenden CDU darum, die Kontinuität zu wahren. Hier soll möglichst alles beim Alten bleiben - im Schutz traditioneller Lebensformen. Des Ministerpräsidenten Wahlkampfeslogan „Keine Experimente!“ artikuliert genau das.

DIE LINKE. Sachsen muss die Herausforderungen aufnehmen, vor denen wir in Sachsen stehen und unsere Vorstellungen für eine neue Weichenstellung weiterentwickeln.

Die herrschenden Verhältnisse kritisieren und anprangern. Klare eigene Vorschläge zur Lösung für entstandene Probleme entwickeln.

Mehr noch brauchen wir eine auch emotional ansprechende Politik, die auf die Menschen im Land eingeht: Sie muss auf Fakten basieren. Sie muss Klarheit und Deutlichkeit in der Sprache haben. Sie muss auf politische Kunstbegriffe verzichten und dafür mehr Glaubwürdigkeit, Ehrlichkeit und Transparenz transportieren.

Die Wählerinnen und Wähler, die Menschen im Freistaat Sachsen erwarten, dass wir Probleme erkennen, sie benennen, sie lösen oder zumindest Lösungsansätze aufzeigen.

DIE LINKE abstrahiert nicht – wie die CDU - von den sozialen Bedingungen der Selbstverwirklichung; sie bemüht sich im Gegenteil darum, die gesellschaftlichen Bedingungen zu schaffen, die den Menschen ein selbstbestimmtes und solidarisches Leben erlauben. Aus linker Perspektive kann eine Gesellschaft nur dann gerecht genannt werden, wenn alle ihre Mitglieder die gleichen Möglichkeiten haben, sich für gesellschaftlich mögliche Optionen zu entscheiden – also die gleichen Rechte, Freiheiten und Möglichkeiten haben, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Das verlangt den Abbau struktureller Ungleichheiten und struktureller Benachteiligung, wie sie sich in der bundesrepublikanischen Ständegesellschaft manifestieren. Für DIE LINKE ist „die Freiheit von Armut und Not die konkrete Substanz jeglicher Freiheit“ (Herbert Marcuse).

Deswegen kann sich die Landespolitik in einer global vernetzten Welt nicht auf eine Standortpolitik beschränken mit dem Ziel, das Land als einen Wirtschaftsstandort zu festigen.

Die weitreichenden Veränderungen der Gesellschaft in Sachsen müssen durch die Politik gestaltet werden. Dafür mangelt es der sächsischen Staatsregierung an einer schlüssigen Gesellschaftsperspektive, die über

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

das Dogma von der Selbstregulierung durch die Märkte hinausweist. Eine solche Perspektive böte jedoch erst die Möglichkeit, anhand eigener, gesellschaftlich sinnvoller Schwerpunkte eine „aktive Finanzpolitik“ zu betreiben, die z.B. in der Wissenschaft und in den Hochschulen nicht bloß nach Einsparpotenzialen sucht, sondern sinnvolle Investitionen tätigt.

Das politische Projekt, das geeignet ist, eine Mehrheit der Bevölkerung zu mobilisieren und das angesichts der weltweiten Herausforderungen geboten erscheint, ist ein sozialökologischer Umbau der Gesellschaft. Vorschläge und Ideen für dieses Transformationsprojekt zu entwickeln, ist Aufgabe für uns als politisch Handelnde.

1. Sachsen - Land der sozialen Widersprüche.

Die sich vertiefenden sozialen Widersprüche gefährden das Zusammenleben in der sächsischen Gesellschaft. Das liegt zum einen an der Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, die im Freistaat unter 25 Jahren neoliberal bestimmter CDU-Dauerregierung überdurchschnittlich ausgeprägt ist:

Knapp 42 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten arbeiten in Sachsen laut der aktuellen Entgeltstatistik der Bundesagentur für Arbeit zu einem Niedriglohn – und damit anteilig doppelt so viele wie bundesweit. Überdurchschnittlich sind auch die Zahlen der Langzeitarbeitslosen, der älteren Erwerbslosen, der Hartz-IV-Aufstockerinnen und -Aufstocker unter den Beschäftigten, der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und der Menschen mit Hartz-IV-Dauerbezug.

2. Das Übel unserer Tage ist die Prekarisierung.

Prekarisierung heißt Arbeitsplatzunsicherheit und Einkommensunsicherheit, sowie eine schlechte Verhandlungsbasis gegenüber den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern. Das alles verunsichert und frustriert die Menschen zutiefst, die sich nie sicher sein können, ob nicht ihre derzeitige Existenz schon bald aufs Spiel gesetzt wird. Prekarisierung macht einen Großteil der Menschen unfrei. Wir als LINKE wollen die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen überwinden. Wir analysieren, kritisieren und machen Veränderungsvorschläge. Für diese streiten wir gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern, den Gewerkschaften und anderen gesellschaftlicher Organisationen, Gruppen und Initiativen. Vor Ort und im Parlament, auf der Straße und im Landtag.

3. CDU-Chaos ist eine Gefahr für die Zivilisation.

Sachsens CDU-geführte Staatsregierung und insbesondere der CDU-Innenminister wirken durch das Verwaltungschaos bei der Aufnahme von Flüchtlingen, das wiederum mit verstörenden Bildern von kurzfristig in Beschlag genommen Turnhallen und überfallartig konfrontierten politisch Verantwortlichen und Menschen in den Städten und Gemeinden einhergeht, wie Brandbeschleuniger. Demgegenüber hat DIE LINKE zivilisierend zu wirken, so wie wir es mit vielen Genossinnen und Genossen, darunter zahlreiche Abgeordnete, z. B. im Zusammenhang mit der Eskalation rund um das Flüchtlings-Protestcamp vor der Semperoper getan haben.

Wir stehen für eine Gesellschaft, die zu Menschen, die zu uns kommen „Willkommen“ sagt. In einer schrumpfenden Gesellschaft mit Abgrenzung nach außen zu reagieren und zu glauben, so beschütze man sein eigenes kleines Nichts, ist nicht unser Ansatz. Wir wollen mit den Menschen, die zu uns – egal warum – kommen, unsere Gesellschaft gemeinsam gestalten: Fair, demokratisch, weltoffen.

4. Gesellschaftliche Herausforderung: Einwanderungsland Sachsen.

Sachsen wird zu einem Einwanderungsland. Das verändert die Gesellschaft. Einwanderung verändert die Gesellschaft. Das ist jetzt schon allenthalben spürbar.

Der Islam gehört – wie andere Religionen und die Religionslosigkeit – zu Sachsen.

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

Wo Moslems sind, da ist auch der Islam. In Leipzig wird die erste Moschee der Stadt errichtet. Der Ministerpräsident muss seine Auffassung revidieren. Keine Experimente wagen – das gilt nicht mehr. Wir stehen vor einer der größten Herausforderungen: die Einwanderung gestalten.

Es gilt, die Prinzipien einer säkularen, auf Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Toleranz beruhenden politischen Kultur zu verteidigen und eine Menschenrechtskultur zu entwickeln, die von der „Würde des Menschen“ ausgeht.

5. Zuwanderung macht Sachsen schöner und lebenswerter.

Wir verwahren uns gegen das Bild von einem Sozialsystem, das wie ein Kuchen ist, dessen Stücke mit jedem weiteren Gast kleiner werden. So funktioniert eine dynamische Gesellschaft nicht. Jeder Mensch hat Talente und Eigenheiten, die für seine Mitmenschen bereichernd sein können. Deshalb verurteilen wir die weltfremde Unterscheidung von „nützlichen“ und „unnützen“ Migranten, weil auch jemand, der aus purer Not oder dem Wunsch nach einem besseren Leben gekommen ist, den kulturellen, geistigen und materiellen Reichtum unserer sächsischen Gesellschaft mehren kann. Natürlich auch die Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher, die wir ebenfalls als potenzielle Leistungsträger sehen, die ihren Weg finden können, wenn wir sie nicht aufgeben und ihnen die nötige Zeit geben.

6. Wir sind die Botschafterinnen und Botschafter der sozialen Sicherheit – für alle!

Eine der derzeitigen strategischen Hauptaufgabe der LINKEN in Sachsen besteht darin, zwei Botschaften auf allen Ebenen und mit allen Kräften jeden Tag mit politischem Leben zu erfüllen:

Soziale Sicherheit für alle – ob für die Verkäuferin beim Discounter oder den wissenschaftlichen Mittelbau an den Hochschulen. Wir kämpfen vor Ort und durch parlamentarische Initiativen gegen Umgehung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes und gegen die Unsitte geringfügiger bzw. ungesicherter Beschäftigung. Wir sind die politische Sozialversicherung Sachsens.

Die zweite Kern-Botschaft: Diese soziale Sicherheit gilt ungeachtet der Herkunft und Lebensweise allen hier lebenden Menschen. Bei uns sitzen alle im selben Boot! In allen Teilen des Freistaates.

7. Für ein friedliches Miteinander gerade in der Mitte von Europa.

Sachsen liegt in der Mitte von Europa. Der Markenkern der LINKEN enthält an zentraler Stelle die Friedenspolitik, den Kampf gegen Kriege und das Ringen um weltweite Abrüstung. Auch in Sachsen gilt es außerparlamentarisch und parlamentarisch so zu handeln, dass kein kriegerisches Handeln unterstützt oder toleriert wird. Wir stehen Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements organisatorisch zur Seite und nehmen selbst Teil an öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen, die für eine friedliche Welt und ein friedliches Europa werben. Konsequenterweise stehen wir gegen den Missbrauch des Friedenskampfes wie z.B. durch die NPD und andere rechte Organisationen. Jeglichen Querfrontbestrebungen erteilen wir eine Absage.

8. Grundsicherung und existenzsichernde, gute Arbeit statt Prekarisierung.

Wir kommunizieren bei jeder sich bietenden Gelegenheit die sozialpolitischen Basisforderungen der Bundespartei: solidarische Mindestrente, wirklich flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn, Kindergrundsicherung, sanktionsfreie Mindestsicherung, solidarische Gesundheitsversicherung ohne Zwei-Klassen-Kassen-System, öffentlich geförderter Beschäftigungssektor. Wir unterstützen die Kampagne der Bundespartei gegen prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen „Das muss drin sein!“ und untersetzen die großen deutschlandweiten sozialen Themen der LINKEN mit sächsischen Initiativen.

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

9. Weg von der Mär des geplanten Lebens!

Politische Entscheidungen orientieren sich an der klassischen Erwerbsarbeitsbiografie, die heute und schon seit Jahren kaum mehr zu finden ist. Zum einen ist sie nicht mehr zeitgemäß. Gerade die Jüngeren in der Gesellschaft haben nicht den Anspruch zu wissen, wo sie in zwanzig Jahren sind. Es bedeutet Freiheit und Risiko zugleich, das nicht zu wissen und nicht zu planen. Zum anderen hat es Politik verabsäumt in den letzten Jahren die Rahmenbedingungen für klassische Erwerbsbiografien aufrecht zu erhalten, zu schaffen bzw. auszubauen. Wir LINKEN müssen konzeptionell dazu beitragen, dass Menschen in Sachsen das Gefühl von Sicherheit haben, dass man bei gewagten Entscheidungen, längerer Abwesenheit und nach einer Auszeit für Bildung, Kultur oder Weiterbildung nicht durch ein Netz der sozialen Sicherheit fällt.

Einen Anfang dafür muss sein, dass unsere Gesellschaft genau das anderen zugesteht und mit diesem Anspruch in der Wirklichkeit adäquat und nicht angstausslösend umgeht.

10. Im Land und vor Ort Rahmenbedingungen für selbstbestimmtes, solidarisches und angstfreies Leben schaffen!

Sozial sein ist für uns keine Frage der reinen Für- oder Vorsorge, sondern in erster Linie ein politischer Beitrag zur Selbstermächtigung der Menschen. Nur so lässt sich Resignation überwinden, die sich auch in einer massenhaften Wahlenthaltung in sozial unterprivilegierten Stadtvierteln niederschlägt. Deshalb sind gute Bildung von der Krippe bis zur Uni, freier Zugang zu Kulturgütern, barrierefreie Verhältnisse, eine verlässliche Gesundheitsversorgung auch abseits der größeren Städte, ein funktionierender öffentlicher Verkehr auch jenseits der Ballungsgebiete, bezahlbare Wohnungen auch in Dresden und Leipzig, auskömmliche Unterstützung der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen sowie die Gewährleistung öffentlicher Sicherheit durch genügend Polizei vor Ort für uns Bedingungen eines selbstbestimmten, solidarischen und angstfreien Lebens!

11. Unsere Weltanschauung: Niemand ist ausgeschlossen!

Wir bekennen uns dazu: Politik braucht Weltanschauung. Der reine Pragmatismus führt in die Orientierungslosigkeit und Desintegration. In der Welt, die wir wollen, gehören alle Menschen, die bei uns leben, zur Gesellschaft dazu. Ob erzgebirgische Ingenieurin oder kurdischer Pizzabäcker, ob Kleingärtnerin oder „Freiraum“-Suchende – in einer solidarischen Gesellschaft, die die soziale Verunsicherung und die damit verbundenen aggressiven Ängste überwindet, ist Platz für alle.

12. Wir brauchen wieder Lust auf Bildung.

Wir müssen Bildung als Chance begreifen. Statt weiterer Schulschließungen und langer Wege brauchen wir in Sachsen eine Schulreform, die den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Dazu gehört unverzichtbar längeres gemeinsames Lernen für alle Kinder. Und zwar wohnortnah. Wir brauchen überzeugende Konzepte für ein Lernen vor Ort, in der Fläche. Schule muss Lust auf das Leben vermitteln. Zur Stärkung der Bildung gehört ebenso die Stärkung von Universitäten und Hochschulen. Sie bieten das Innovationspotenzial und die Wissensreserve für den Freistaat der Zukunft. Das Kaputtsparen der Hochschulen muss ein Ende haben.

13. Sachsen braucht eine Verwaltungsreform.

Dabei geht es nicht darum, weiter Personal einzusparen, sondern nach der letzten Strukturreform geschwächte gewachsene kulturelle Zusammenhänge wieder zu stärken und Verwaltung nicht entfernt und intransparent, sondern nah bei den Menschen und ihren Bedürfnissen besonders im ländlichen Raum anzusiedeln. Politik und Verwaltung müssen wieder an die Menschen heranrücken und sie nicht in einer gefühlten und tatsächlichen Ohnmacht in ihrem Schicksal allein lassen. Diesen Aspekt haben die CDU-geführten Landesregierungen bei ihren Verwaltungsreformen vollkommen außer Acht gelassen. Hier müssen wir steuernd eingreifen.

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

14. Wir helfen vor allem den Kleinen, stark zu werden.

Eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung des Landes braucht eine Förderpolitik, die den kleinen und mittleren Unternehmen die Möglichkeit sichert, eine innovative, soziale und ökologische Ausrichtung der Wirtschaft zu gestalten. Mehr geförderte bedarfsorientierte Vernetzung kleinerer Betriebe und eine Belebung des Genossenschaftsgedankens könnten dazu beitragen.

15. Die Kommune ist der Ort, wo sich Menschen begegnen.

Die Finanzausstattung der Kommunen und Landkreise muss so gesichert werden, dass sie ihre Selbstbestimmung und ihre Rolle als Investoren ausgestalten können. Wir haben es satt, dass vor Ort nur der Mangel verwaltet wird, dass Kommunalpolitik darin besteht, die Grausamkeiten möglichst gleichmäßig zu verteilen. Wir wollen, dass Kommunalpolitik die örtlichen Belange souveräner als bisher steuern kann. Sachsen braucht ein Konzept des gegenseitigen Austausches zwischen den Regionen und zwischen Zentren und Peripherie zu ihrer aller Vorteil.

16. Wer in schönen Dingen einen schönen Sinn entdeckt – der hat Kultur.

Für diese – Hochkultur wie Subkultur – müssen wir Bedingungen schaffen, in der sie gedeihen kann. Kultur ist, was gesellschaftliches Leben bereichert. Sie ist nicht nur Kostenfaktor. Sie ist auch nicht "weicher Standortfaktor", sondern schlicht ein Teil der Lebensqualität in allen Regionen Sachsens, denn: „Der letzte Zweck von Politik muss ein Mehr an Kultur sein“, sagte treffend Gregor Gysi in seiner Rede auf dem Bielefelder Parteitag.

17. Beteiligung allein? – Das ist Kokoloeres! Es geht ums Entscheiden.

Das alles funktioniert nur, wenn wir den Menschen vor Ort Möglichkeiten der Mitbestimmung und Mitgestaltung einräumen. Menschen in Sachsen sollen ihr Leben selbst in die Hand nehmen können, ihre Lebenswelt selber mitgestalten können. Gerade in den ländlichen Räumen muss Politik, muss Gesellschaft, müssen Alltagsstrukturen wieder erlebbar werden.

18. Wir zeigen nicht mit dem Finger auf andere, verschweigen aber nicht, wer verantwortlich ist.

Wir dürfen es der CDU und der SPD nicht durchgehen lassen, dass sie bei allen Problemen mit den Finger nach Berlin zeigt. Gerade im Hinblick auf die drängenden sozialen Fragen ist es richtig, dass viele Entscheidungen bundespolitischer Natur sind. Aber genau deshalb müssen wir aus Sachsen heraus bundespolitische Impulse setzen. Wir werden den Rückzug der Koalition in die innere Provinz nicht hinnehmen. Soziale Rechte bedingen die Entwicklung eines jeden in Freiheit und Selbstbestimmung. Deshalb werden wir nie aufhören, für diese sozialen Rechte zu streiten. Egal auf welcher Ebene.

19. Wir sind auf der Straße zu finden.

Wir wollen gemeinsam mit den Menschen in Sachsen Politik gestalten. Ein politischer Richtungswechsel und gesellschaftliche Veränderungen lassen sich auch auf der Ebene eines Bundeslandes nicht allein auf parlamentarischer Ebene durchsetzen. Er kann nur gelingen in einem Wechselspiel politischer Auseinandersetzungen im außerparlamentarischen und im parlamentarischen Bereich. Wir setzen uns vor allem für die Belange der lohnabhängig Beschäftigten sowie der Benachteiligten und Ausgegrenzten aller Generationen ein.

Wir nehmen die Erfahrungen und Vorschläge von der Straße auf und transportieren sie in die Parlamente und die Kreistage, sowie Stadt- und Gemeinräte.

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

20. Wir kämpfen nicht für Bündnisse, sondern für eine starke LINKE.

Die Frage, ob DIE LINKE nun bündnisfähig ist oder nicht, stellt sich nicht. Jedem von uns muss klar sein: Wenn wir konkret für eine andere Politik und die dafür notwendigen anderen Mehrheiten in diesem Land streiten, wenn wir tatsächlich die Lebensverhältnisse zum Wohl der hier lebenden Menschen verändern wollen, dann geht das in Sachsen nur mit uns. Wir sind stabil die zweitstärkste Kraft in diesem Land. Wir werden mittelfristig aber den Politikwechsel weder aus eigener Kraft schaffen noch wird es einen wirklichen Politikwechsel ohne uns geben können. Die Diskussion um Bündnisse ist daher müßig, denn sie ist beantwortet: Wir können in Bündnissen arbeiten, wir müssen es sogar.

Jedoch ist unser allererstes Ziel nicht der Kampf für solche Bündnisse, sondern für eine starke LINKE. Wir zeigen klare Kante und stehen klar ein für unsere Politik. Wir machen unser politisches Angebot. Wir leisten Überzeugungsarbeit. Sich dafür zu entscheiden, obliegt den hier lebenden Menschen.

21. Wir arbeiten an einem neuen Plan für ein soziales, gerechtes, demokratisches und weltoffenes Sachsen.

Die Menschen in Sachsen brauchen eine Perspektive. Die Menschen wollen wissen wohin die Reise geht. Wir als Partei brauchen Antworten und eine eigene Perspektive, wenn wir als landespolitische Akteurin wahrgenommen werden wollen. Wir brauchen eine ganzheitliche Erzählung, wie ein Sachsen der Zukunft von links aussehen kann.

Sachsen steht jetzt und in Zukunft vor immensen Herausforderungen, die sich kaum jemand auszusprechen traut. Unsere Gesellschaft hat sich bereits verändert und wird sich weiterhin verändern, weil die sozialen Verwerfungen seit Jahren größer werden und der individuelle Überlebenskampf das Leben der Menschen dominiert.

Die Biografie Brüche zur Wende haben verglichen mit dem, was bevorsteht bislang nur wenig Wirkung gezeigt, die dennoch verheerend sind – niedrige Durchschnittseinkommen, unterbrochene Erwerbsbiografien, dauerhafte Ausgrenzung vom Arbeitsleben, Abwanderung aus Sachsen, Auflösung von Familienzusammenhängen und sozialen Beziehung durch wöchentliche oder tägliche Pendelei zu Arbeitsorten. Viele von den Betroffenen haben das Rentenalter noch nicht erreicht. Doch erst dann zeigen sich die Auswirkungen in vollem Ausmaß. Damit einher werden sinkende Kaufkraft und ein Mehr an sozialen und kulturellen Fürsorgeleistungen gehen, die in Folge dieser Entwicklung notwendig werden.

Das dreiteilig gegliederte Schulsystem, die wirtschaftliche Ausrichtung von universitärer Bildung in den letzten 25 Jahre werden uns über Jahre zu schaffen machen und können durch reine Makulatur, wie sie derzeit erfolgt, nicht rückgängig gemacht werden. Die Entsolidarisierung in der Gesellschaft hat ein Ausmaß angenommen, welches für ein Zusammenleben schädlich ist. Geflüchtete aus aller Welt verändern jeden Tag das Bild Sachsens, die Gesellschaft Sachsen. Wir sehen als LINKE darin eine Chance und Bereicherung für Sachsen.

Deshalb werden wir als LINKE in Sachsen ein Leitbild nach dem Vorbild von ALEKSA erarbeiten, wie wir uns Sachsen vorstellen. Wir wollen dabei die Entwicklung Sachsen aus den Regionen heraus in ihrer Verschiedenheit entwickeln. Ziel ist es, dieses Leitbild mit sächsischen Akteurinnen aus vielen gesellschaftlichen Bereichen zu entwickeln. Wir wollen ein Aleksa 2.0 gestalten.

22. Wir wollen Politik verändern – dafür müssen wir uns ändern.

Wir kritisieren zu Recht, wie Politik in Sachsen stattfindet. Intransparenz, Aussitzen, andauernde finanzielle Schwächung von Kommunen und Landkreisen, ökonomische Schwächung derer, die nur wenig besitzen und immer nur dann reagieren, wenn es schon längst brennt – das ist Regierungshandeln seit 25 Jahren. Wenn wir allerdings dafür stehen wollen verändernde Kraft und lernende Partei zu sein, dann müssen wir uns als Partei den Anforderungen an moderne Politik und Parteien stellen.

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

Konkret heißt das,

- wir müssen als sächsische LINKE selbstbewusst und konsequent für unsere gemeinsam erarbeitete Politik kämpfen, unterschiedliche Lebensentwürfe sowie unterschiedliche Fähigkeiten und Fertigkeiten unserer Mitglieder als Stärke unserer Partei anzuerkennen,,
- Mitstreiterinnen und Mitstreiter an ihren Stärken zu messen und diese Wirkung entfalten zu lassen,
- die Mitglieder unserer Partei auf allen Ebenen konsequent, dauerhaft und regelmäßig in die Entwicklung unserer Politik einbinden,
- keine Angst zu haben vor Konkurrentinnen und Konkurrenten, sondern starke Mitstreiterinnen und Mitstreiter als Bereicherung zu sehen und fördern,
- Ressourcen solidarisch im Interesse der Gemeinschaft sinnstiftend einsetzen und Ungleichverteilungen aufheben bzw. Schwächere so gemeinschaftlich zu fördern
- Meinungsunterschiede nicht als Kampffeld zu begreifen, sondern als Anlass zu nehmen, Politik und Partei weiterzuentwickeln.

Mehr Vertrauen in die eigene Stärke und in Mitstreiterinnen und Mitstreitern sind die Schlüssel zum Erfolg und zu erfolgreicher Politik unserer Gemeinschaft.